



Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 31. Sitzung

am Mittwoch, dem 5. Februar 2025, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzende
Thomas Jepsen (CDU), in Vertretung von Hauke Göttsch
Volker Nielsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birte Pauls (SPD)
Marc Timmer (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Uta Wentzel (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht der Landesregierung zu internationalen Wettbewerbsvorteilen schleswig-holsteinischer Unternehmen.....	4
Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) in der 29. Sitzung vom 18. Dezember 2024.....	
2. Gespräch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) aus Schleswig-Holstein zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR).....	10
Vorschlag des Vorsitzenden.....	
3. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR).....	13
Bericht der Abgeordneten Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	
4. Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland.....	14
Antrag der Fraktionen von SSW und SPD.....	
Drucksache 20/2475 (neu).....	
5. Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen auch vor den Gerichten – Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes.....	15
Antrag der Fraktion des SSW.....	
Drucksache 20/2464	
6. Informationsreise des Ausschusses im Jahr 2025 – Beschlussfassung.....	16
Vorschlag des Vorsitzenden.....	
7. Information/Kenntnisnahme.....	17
8. Verschiedenes.....	18

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Abgeordneter Timmer erkundigt sich zu dem aktuellen Stand bezüglich eines Berichtsantrages zu Schüler- und Studierendenaustauschen, der in der Sitzung des Europaausschusses am 18. November 2024 von ihm selbst sowie von der Abgeordneten von Kalben gestellt worden sei. – Vorsitzender Krüger teilt daraufhin mit, dass das Ministerium eigens für diesen Bericht Zahlen erheben werde. Mit einer Berichterstattung sei darum frühestens ab dem zweiten Quartal 2025 zu rechnen.

1. Bericht der Landesregierung zu internationalen Wettbewerbsvorteilen schleswig-holsteinischer Unternehmen

Antrag des Abgeordneten Marc Timmer (SPD) in der 29. Sitzung vom 18. Dezember 2024

Abgeordneter Timmer erklärt einleitend, dass sein Antrag auf die Frage abziele, was für den Bereich der Innovationsförderung in Schleswig-Holstein aus dem Bericht „The future of European competitiveness“ von Mario Draghi, dem ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, abzuleiten möglich sei.

Wirtschaftsstaatssekretärin Carstens ergänzt dazu, Europaminister Schwarz habe in der Dezember Sitzung des Europaausschusses im Zusammenhang mit dem Draghi-Bericht auf sogenannte Hidden Champions in Schleswig-Holstein hingewiesen. Gemeint seien mit diesem Begriff kleine, oftmals unbekannte Unternehmen – meist KMU –, deren Produkte am Markt eine hochspezialisierte Nische besetzten. In der Regel besäßen die innovativen Produkten dieser Unternehmen eine europaweite oder sogar weltweite Marktführerschaft.

Aktuell gebe es weltweit ungefähr 4.000 Hidden Champions; 2.800 davon hätten ihren Sitz in Deutschland. Die IHK Schleswig-Holstein habe 2019 einen Report über 33 Hidden Champions im Land erstellt und plane, den Bericht in diesem Jahr zu aktualisieren. Allerdings handele es sich um eine Kategorisierung, die objektiv schwer überprüfbar sei. Unter den hierzulande als Hidden Champions bezeichneten Unternehmen befänden sich drei Unternehmen aus der Medizintechnik, nämlich die Dent-A-Pharm Produktionsgesellschaft mbH aus Barmstedt – ein

weltweit führender Zulieferer für die Herstellung von individuellen Abformlöffeln in der Zahntechnik – , die Söring GmbH in Quickborn – ein weltweiter Technologieführer in der medizinischen Ultraschallchirurgie – , sowie die MiE medical imaging electronics GmbH in Seth – dem Weltmarktführer auf dem Gebiet der molekularen Bildgebung am Pferd.

Die Wirtschaftsstaatssekretärin ergänzt einige weitere sogenannte Hidden Champions in Schleswig-Holstein aus anderen Bereichen: das Unternehmen ACO mit seinen intelligenten Entwässerungssystemen, die Basler AG als Expertin für Hochleistungskameras, das Unternehmen flexi, das Hunderolleinen produziert, den U-Bootbauer Thyssenkrupp Marine Systems oder die Firma LÖWE, die weltweit nachgefragte Gartenscheren herstellt, sowie die Firma TIMM technology GmbH in Glinde, die Weltmarktführer für Schiffserdungssysteme sei.

Staatssekretärin Carstens nimmt sodann Bezug auf die Nachfrage des Abgeordneten Timmer zu den Stärken und Schwächen Schleswig-Holsteins mit Blick auf den Draghi-Report und erklärt, dass sich weder die IHK, noch die Handwerkskammer oder der Arbeitgeberverband UV-Nord direkt zum Draghi-Report geäußert hätten. Dieser nehme inhaltlich drei Punkte in den Blick: erstens Europas Innovationslücke, zweitens einen integrierter Plan für Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie drittens die Stärkung der Resilienz Europas durch Abbau von Abhängigkeiten.

Die Wirtschaftsstaatssekretärin schickt ihren weiteren Ausführungen voraus, die Landesregierung habe im Koalitionsvertrag vereinbart, EU-Vorschriften eins zu eins umsetzen zu wollen. Das hiesige Bau- und Vergaberecht sei bereits recht schlank, werde aber noch weiter vereinfacht. Zu diesen Maßnahmen zähle etwa die kürzliche Abschaffung des Vergabemindestlohns, die den Unternehmen weiterhelfe. Auch auf Bundesebene sowie in Zusammenarbeit mit den Kommunen setze sich die Landesregierung aktiv für den Bürokratieabbau ein.

Die Forderung des Draghi-Report nach geringeren Energiepreisen sei für Schleswig-Holstein ein großes Thema, denn bislang werde das Land bei der Verteilung der Netzausbauentgelte im Norden benachteiligt. Die schleswig-holsteinische Landesregierung setze sich weiterhin intensiv für eine Senkung der Netzentgelte ein. In die Diskussion sei jüngst etwas Bewegung gekommen. Der von Mario Draghi in seinem Bericht ebenfalls thematisierte Netzausbau werde über den Zubau an Windkraftanlagen an Land und auf See vorangetrieben.

Der Breitbandausbau schreite derweil rasch voran: 77 Prozent der Hausadressen könnten mittlerweile einen entsprechenden Anschluss buchen. 51 Prozent hätten dies bereits getan. Weil der Breitbandausbau über mehrere Legislaturperioden hinweg als fraktionenübergreifendes Ziel beibehalten worden sei, stehe Schleswig-Holstein mit diesen Werten im bundesweiten Vergleich an der Spitze. Das Land habe inzwischen über 200 Millionen Euro investiert. Das Ziel sei es nun, das gesamte Land auch in der Fläche abzudecken, denn gerade für mehr Unternehmensansiedlungen im ländlichen Raum brauche es einen guten Glasfaseranschluss.

Um den Herausforderungen des Fachkräftemangels zu begegnen, setze die Regierung auf die Umsetzung der Maßnahmen der Fachkräfteinitiative des Landes. Zur Beratung ausländischer Fachkräfte stehe das Welcome Center Schleswig-Holstein bereit. Die Wirtschaftsstaatssekretärin betont, dass es sich bei der Einrichtung nicht um eine Personalvermittlungsagentur handle. Vielmehr stehe das Welcome Center Arbeitssuchenden aus dem Ausland sowie Unternehmen, die qualifizierte ausländische Mitarbeitende suchten, beratend zur Seite.

Bei der Digitalisierung verorte die Landesregierung die Entwicklung in Schleswig-Holstein im europäischen Mittelfeld mit einer Tendenz nach oben. Es gelte nun, die Digitalisierungsstrategie des Landes weiter konsequent umzusetzen. Positiv hervorzuheben seien in diesem Zusammenhang die KI-Initiative der Landesregierung sowie ein Netzwerk von Digitalunternehmen (DiWiSH), das sich in Schleswig-Holstein mittlerweile fest etabliert habe.

Bezugnehmend auf die von Mario Draghi in dessen Bericht beschriebene Innovationslücke, erklärt Frau Carstens, dass die regionale Innovationsstrategie RIS3.SH, die in den Blick nehme, in welche Branchen die Landesregierung hierzulande am meisten investieren solle, nach wie vor Gültigkeit besitze. Zu den bekannten Investitionsschwerpunkten in Schleswig-Holstein zählten die maritime Wirtschaft sowie die Energiewirtschaft, aber auch die digitale Wirtschaft und die Ernährungsindustrie seien für das Land von Bedeutung. Die genannten Branchen bildeten dementsprechend Schwerpunkte in der Ansiedlungsstrategie der Landesregierung. Grundsätzlich sei zudem darauf hinzuwirken, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung weiter stiegen.

Staatssekretärin Carstens unterstreicht abschließend, dass die Erkenntnisse des Draghi-Reports nur begrenzt auf die regionale Ebene herunter zu brechen möglich sei, weil dieser gewisse Phänomene übergeordnet für die gesamte EU beschreibe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering entgegnet Staatssekretärin Carstens, die öffentliche Kritik der vergangenen Tage, das Welcome Center habe innerhalb des ersten Jahres seiner Tätigkeit lediglich fünf Mitarbeitende aus dem Ausland vermittelt, sei vor dem Hintergrund der Aufgabe der Einrichtung zu relativieren. Das Welcome Center sei keine Agentur für Arbeitsvermittlung. – Abgeordneter Garg regt in diesem Zusammenhang an, das Welcome Center zu einer sogenannten One-Stop-Agency weiterzuentwickeln, die gebündelt alle auftauchenden Fragen – etwa zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen oder zu Sprachprüfungen – beantworten und bereits die erforderlichen Absprachen mit den jeweiligen Stellen inklusive Terminabsprachen übernehmen könnte. – Abgeordnete von Kalben pflichtet bei, dass eine One-Stop-Agency wünschenswert wäre, gibt aber zu bedenken, dass zur Umsetzung solcher Pläne noch zahlreiche offene Fragen zu beantworten wären.

Auf eine weitere Nachfrage der Abgeordneten Waldinger-Thiering bestätigt die Wirtschaftsstaatssekretärin, dass die Fehmarnbelt-Region in den Augen der Landesregierung eine herausgehobene Bedeutung für die zukünftig engere Anbindung an Skandinavien habe und Chancen für Innovationen und die Entwicklung des Landes bieten werde.

Bezugnehmend auf eine Frage des Abgeordneten Timmer zur Messbarkeit des Bürokratieabbaus antwortet Staatssekretärin Carstens, das Land habe gemeinsam mit den Kommunen etwas mehr als 60 konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau identifiziert, die sich nun in Umsetzung befänden. Ein Großteil der Verantwortung sei bei diesem Thema auf Bundesebene zu verorten.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Timmer sagt Staatssekretärin Carstens zu, Zahlen nachzuliefern, die einen Vergleich des Fachkräftemangels in Schleswig-Holstein mit dem in den übrigen Bundesländern ermöglichen. Die Wirtschaftsstaatssekretärin ergänzt, dass es nach wie und vor trotz Inanspruchnahme der Beratungsangebote im Land mit viel Aufwand verbunden sei, Arbeitskräfte im Ausland anzuwerben. Der Druck auf die Unternehmen, Fachkräfte anzuwerben, werde in den kommenden Jahren erwartbar steigen, weil die Generation der Babyboomer in den Ruhestand eintrete.

Auf eine Rückfrage des Abgeordneten Timmer zur KI-Initiative des Landes antwortet die Wirtschaftsstaatssekretärin, dass das Netzwerk KI.SH sowie der KI-Transfer-Hub Schleswig-Holstein Unternehmen direkt mit der Wissenschaft zusammenbringe, um Unternehmen dabei zu unterstützen, anstehende Herausforderung mit Hilfe von KI anzugehen. Um solche Projekte

finanziell zu unterstützen, sei das KI-Sondervermögen in Schleswig-Holstein eingerichtet worden.

Die Wirtschaftsstaatssekretärin bestätigt den Eindruck des Abgeordneten Timmer, dass es vielen Start-up-Unternehmen schwerfalle, die Hürde des Markteintritts zu meistern, weil es schwierig sei, an dieser Schwelle entsprechende Finanzierungen zu erhalten. Sie betont, die Landesregierung habe das Problem im Blick.

Bezugnehmend auf eine Frage der Abgeordneten Pauls beschreibt Staatssekretärin Carstens die klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft im Land als durchaus resilient in Zeiten globaler Unsicherheiten mit drohenden Handelskriegen etwa infolge hoher Strafzölle, die in naher Zukunft durch den amerikanischen Präsidenten Trump verhängt werden könnten. Diese Resilienz sei etwa am Wirtschaftswachstum im bundesweiten Vergleich abzulesen. Im Bundesdurchschnitt betrage das Wirtschaftswachstum aktuell 0,2 Prozent, in Schleswig-Holstein liege der Wert bei 1,1 Prozent. Der Anteil der Exporte in die USA betrage bezogen auf das gesamte schleswig-holsteinische Exportvolumen 8 Prozent. Ein Handelskrieg mit den USA werde sich gegebenenfalls entsprechend nachteilig auf die Wirtschaft hierzulande auswirken.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Pauls zu Förderprogrammen erklärt die Wirtschaftsstaatssekretärin, dass Gelder über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) einzuwerben besonders schwierig sei. Denn bei einer Einwerbung dieser Mittel sei Kofinanzierung des Landes erforderlich. Das Land sei daran gebunden, die Anforderungen der EU im Rahmend der Förderprogramme zu erfüllen. Wenn möglich, richte die Landesregierung Pauschalen ein, damit die Unternehmen nicht kleinteilig abrechnen müssten. Zudem sei die gesamte Abwicklung von der digitalen Antragstellung bis zur Endabrechnung inzwischen digitalisiert.

Etwas anders verhalte es sich bei Finanzierungen über das Programm Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW). Dort betrage die Kofinanzierung durch das Land 50 Prozent. Die Vorgaben des Bundes seien einzuhalten, aber die Abwicklung laufe flexibler und es gebe Raum für Rücksprachen. Am einfachsten sei es, ausschließlich auf Landesförderprogramme zurückzugreifen. Dennoch sei es für die schleswig-holsteinische Wirtschaft wichtig, auch die Möglichkeiten auszuschöpfen, die vonseiten der EU und des Bundes beständen.

Zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung erklärt Staatssekretärin Carstens, das Ziel liege landes- wie bundesseitig bei drei Prozent des BIP. Aktuell sei dieses Ziel noch nicht erreicht. Schleswig-Holstein liege derzeit zwischen einem und zwei Prozent des BIP. Genaue Zahlen auch dazu, was aus dem privaten und was aus dem öffentlichen Bereich komme, werde das Wirtschaftsministerium nachreichen (Umdruck [20/4487](#)). Die Landesregierung lege großen Wert darauf, in diesem Bereich mehr Geld zu investieren, weil die Investitionen in Forschung und Entwicklung ein großer Indikator dafür seien, dass es im Land innovative, zukunftsgerichtet aufgestellte Unternehmen gebe.

2. Gespräch mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments (MdEP) aus Schleswig-Holstein zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)

Vorschlag des Vorsitzenden

MdEP Herbst schickt seinen Ausführungen voraus, dass MdEP Andresen aufgrund einer zeitgleich stattfindenden Abstimmung anderweitig gebunden sei und sich entschuldige. Er leitet mit einer Präsentation (Umdruck [20/4505](#)) ein und erklärt dazu, dass der MFR angesichts der vollkommen veränderten geopolitischen Situation vollkommen neu ausgerichtet werde. Jetzt sei der Zeitpunkt für regionale Akteure gekommen, ihre Interessen aktiv in Brüssel einzubringen, sollten sie im neuen MFR Berücksichtigung finden.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten von Kalben dazu betont MdEP Herbst, dass der Europäischen Kommission die bereits gefassten Beschlüsse des Landtags zur Kohäsionspolitik noch einmal zur Kenntnis gegeben werden sollten. Er wünsche sich ein „Trommelfeuer aus den Regionen Europas“, wie er es nennt, mit dem sich die regionalen Akteure für eine auch zukünftig starke Kohäsionspolitik in der EU stark machen.

Abgeordneter Jepsen spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, dass die Aktivregionen und die aktuell für den ländlichen Raum zur Verfügung stehenden Mittel erhalten bleiben sollten, um ein Zeichen gegen die Tendenz zur Nationalisierung zu setzen. – MdEP Herbst betont in dem Zusammenhang, dass durch die mit den jüngsten Entwicklungen einhergehenden zunehmenden Absprachen der Kommission auf zwischenstaatlicher Ebene – also außerhalb der EU-Institutionen – die Kontrollfunktion des Parlaments untergraben werde. Mit der Einführung der Aufbau- und Resilienzfaszilität (RRF) als neues zentrales Förderinstrument gehe zudem neben der Kontrolle über europäische Steuergelder auch die regionale Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verloren.

Auf Nachfragen der Abgeordneten von Kalben und Waldinger-Thiering zu europäischen Lösungen angesichts eines drohenden Handelskriegs zwischen der EU und den USA antwortet MdEP Herbst, dass die EU auf eine solche Auseinandersetzung gut vorbereitet sei. Im Kern werde die Kommission den Weg des vorigen Präsidenten der EU-Kommission Juncker fortsetzen, indem gezielt Gegenzölle verhängt würden, um die Trump-Administration sowie deren Wähler zu treffen, wie es in der Vergangenheit bei Soja aus den USA bereits der Fall gewesen sei.

Bei allen spürbaren Tendenzen zur Renationalisierung auch in der neuen Zusammensetzung des Europaparlaments müsse allen Beteiligten klar sein, dass – trotz der Notwendigkeit, Migration durch einen Schutz der Außengrenzen zu reduzieren – offene Binnengrenzen ein Kern Europas seien und eine hohe ökonomische Bedeutung entfalteteten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Vöge erklärt MdEP Herbst, es gebe Pläne, in der EU in Fragen der Verteidigung künftig gemeinsam zu agieren. Es bestehe dahin gehend Konsens, dass Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten aus dem Stabilitätspakt herausgerechnet werden sollten. Die Frage, ob für die Umsetzung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik Schulden aufgenommen werden sollten, sei bislang offen. Grundsätzlich mangle es unter den Mitgliedstaaten an Bereitschaft, mehr Geld in den Topf zu geben.

Obwohl die Verantwortung für Verteidigungspolitik und Streitkräfte nach Auffassung von MdEP Herbst grundsätzlich in der Verantwortung der Nationalstaaten verbleibt, hielte er es für denkbar, dass die EU-Staaten in Zukunft etwa in der Luftabwehr gemeinsam agierten. Der neue Verteidigungskommissar Kubelius nehme in seiner neu geschaffenen Position dementsprechend zunächst eine koordinierende Funktion ohne eigenes Budget ein. Aktuell werde aus EU-Mitteln in die militärische Mobilität investiert, um zum Beispiel die Fähigkeit zu erwerben, Panzer aus Spanien ins Baltikum zu verlegen. Solche Truppenbewegungen durchzuführen sei aktuell nicht möglich.

MdEP Herbst ergänzt, der Europäische Verteidigungsfonds investiere in Forschung und Entwicklung, um künftig ein eigenes Raumfahrtprogramm zu etablieren. Die Summe, die in Zukunft insgesamt für den Bereich Verteidigung im MFR zu veranschlagen sei, beziffert er mit mindestens 50 Milliarden Euro. Sollte die European Sky Shield Initiative (ESSI) in Umsetzung gehen, ständen noch deutlich höhere Summen im Raum.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Nielsen zur Tilgung von 750 Milliarden Euro EU-Schulden antwortet MdEP Herbst, es sei vorgesehen, die Summe über Einnahme von Eigenmitteln zurückzuzahlen, die über den europäischen Emissionshandel (EU-ETS), die Finanztransaktionssteuer, den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und eine Plastiksteuer einzunehmen seien. Die Rückzahlung beginne im Jahr 2028 und sei bis 2058 abzuschließen. MdEP Herbst kommentiert, seiner Einschätzung nach stecke die EU in einem Dilemma: Es sei in dem der EU gesteckten Rahmen grundsätzlich schwierig, Eigenmittel zu generieren. Neue Schul-

den dürfe die EU nicht machen. Aus den Mitgliedstaaten sei kein zusätzliches Geld zu erwarten. Daher komme nur eine Umverteilung der Mittel in Betracht, die lediglich über Kürzungen in bisher stärker finanzierten Bereichen möglich werde.

Eine zusätzliche Belastung für den EU-Haushalt stellten aktuell steigende Zinsen für Anleihen dar. Insbesondere im Bereich der Grünanleihen sei die EU ein bedeutender Akteur am Kapitalmarkt. Die Rückzahlung der Zinsen erfolge über den EU-Haushalt. Es sei problematisch, dass die Mitgliedstaaten zwar jeweils anteilig für diese Schulden hafteten, doch die Verschuldung in den nationalen Haushalten nicht auftauche.

Abgeordnete Pauls teilt ihre Befürchtung mit, dass sich die EU noch weiter von den Menschen entfernen werde, wenn die Sichtbarkeit von EU-Mitteln etwa durch einen Wegfall der Aktivregionen künftig abnehme. – MdEP Herbst unterstreicht, das aktuelle, stärker intergouvernementale Agieren der Kommission zeichne ein Bild einer EU, die mit dem Ziel, in den Mitgliedstaaten direkt Einfluss über Geldzahlungen zu nehmen, zunehmend weniger innerhalb der EU-Institutionen arbeite. Er sehe diese Tendenz als Parlamentarier kritisch.

3. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Bericht der Abgeordneten Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete von Kalben berichtet, im Februar 2026 werde die Konstituierung des Plenums und der Ausschüsse des AdR stattfinden. Sie selbst werde – wie in der vorherigen Legislaturperiode – wieder in der Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE) sowie in der Fachkommission für natürliche Ressourcen (NAT) vertreten sein. In den genannten Kommissionen verorte sie die Themen, die für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung seien.

Abgeordnete von Kalben unterstreicht den Appell aus dem Eingangsstatement von MdEP Herbst: Es sei von zentraler Bedeutung, dass die Landespolitik ihre Anliegen und Positionen jetzt in die Diskussion um den mehrjährigen Finanzrahmen einbringe. Als Vertreterin landespolitischer Interessen im AdR sei sie jederzeit ansprechbar.

4. Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD
[Drucksache 20/2475](#) (neu)

(überwiesen am 26. September 2024 an den **Europausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/3870](#), [20/4120](#), [20/4121](#), [20/4122](#), [20/4147](#),
[20/4179](#), [20/4180](#), [20/4181](#), [20/4182](#), [20/4183](#),
[20/4186](#), [20/4187](#), [20/4191](#), [20/4239](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, ein Fachgespräch durchzuführen. Die Benennung der Expertinnen und Experten soll bis 19. Februar 2025 erfolgen.

5. Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen auch vor den Gerichten – Bundesratsinitiative für eine Ausweitung des § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes

Antrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 20/2464](#)

(überwiesen am 27. September 2024 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/3806](#), [20/3918](#), [20/3999](#), [20/4005](#), [20/4006](#),
[20/4009](#), [20/4010](#), [20/4011](#), [20/4075](#), [20/4095](#),
[20/4096](#), [20/4097](#), [20/4098](#), [20/4100](#), [20/4101](#),
[20/4102](#), [20/4106](#), [20/4107](#), [20/4109](#), [20/4111](#),
[20/4112](#), [20/4243](#)

Der Europaausschuss beschließt einstimmig, ein Fachgespräch durchzuführen, und nimmt in den Blick, den Innen- und Rechtsausschuss nachrichtlich einzuladen. Die Benennung der Expertinnen und Experten soll bis 19. Februar 2025 erfolgen.

6. Informationsreise des Ausschusses im Jahr 2025 – Beschlussfassung

Vorschlag des Vorsitzenden

Der Europaausschuss beschließt einstimmig, eine drei- bis viertägige Informationsreise nach Lettland im Zeitraum 2. bis 6. Juni 2025 unter anderem zu den Themen Zusammenarbeit im Ostseeraum, Energiesicherheit und Digitalisierung sowie Cybersicherheit durchzuführen. Die Reise werde gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss geplant.

7. Information/Kenntnisnahme

Umdruck [20/4227](#): Antworten der Landesregierung zu den Fragen der Fraktionen zur Nachschiebeliste (Einzelplan 08)

Umdruck [20/4327](#): „Bericht aus Brüssel“ zum Thema Sicherheit in der Ostseeregion vom 29. Januar 2025

[Unterrichtung 20/214](#): Entschließung des Bundesrates „Regionale Dimension der EU-Haushaltspolitik erhalten“

[Unterrichtung 20/226](#): Programm des polnischen EU-Ratsvorsitzes (1. Januar – 30. Juni 2025)

Neben den aufgeführten Vorlagen nimmt der Europaausschuss die Unterrichtung [20/228](#) (Bundesratsinitiative zum 3. Jahrestag des Ukrainekriegs) sowie Umdruck [20/4377](#) (12-Punkte-Plan Solidarpartnerschaft Schleswig-Holstein – Cherson) zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

Im Anschluss an die auswärtige Sitzung des Europaausschusses am 5. März 2025 in Schleswig soll ein Gespräch mit Schülerinnen und Schülern des Regionalen Berufsbildungszentrums mit je einem Europaausschussmitglied pro Fraktion stattfinden.

Der Ausschuss kommt überein, die Sitzung am 28. Mai 2025 entfallen zu lassen.

Abschließend weist der Vorsitzende auf den Länderabend Polen hin, der am 2. April 2025 im Plenarsaal stattfinden werde.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Nadine Otte
Geschäfts- und Protokollführerin